

DAMALS

Vor 50 Jahren

Heute um 11.50 Uhr trafen mit der planmäßigen Lufthansa-Maschine aus London Herr und Frau Tolchard und Herr und Frau Parsons ein, der Bürgermeister und der Stadtdirektor von Launceston in Cornwall mit ihren Frauen. Sie wurden auf dem Bremer Flughafen von Bürgermeister Osmer, Stadtdirektor Heußmann und den Beigeordneten Taschies und Sokoll begrüßt und nahmen dann für fünf Tage in „Gieschens Hotel“ Quartier. Mit diesem vom British Council geförderten offiziellen Besuch wird ein entscheidender Schritt getan zu einer partnerschaftlichen Verbindung zwischen den beiden Städten.

Achimer Kreisblatt, 11. Oktober 1967



Kreisblatt-Redaktionsleiter Manfred Brodt (links) moderierte die Podiumsrunde mit hiesigen Landtagskandidatinnen und -kandidaten. Von links: Doris Gerken (Grüne), Dörte Liebethuth (SPD), Adrian Mohr (CDU), Corinna Rosander (FDP) und Rainer Andrzejewski (Linke). • Fotos: Hemmen

Ruf nach mehr Lehrern – Hauptschulen ade

Aber Abordnung von Studienräten zur Nachmittagsaufsicht kritisiert / Insgesamt gelassene Podiumsdiskussion vor Landtagswahl

AUF EINEN BLICK

Am Osterfeld Schmuck erbeutet

UESEN • Die Abwesenheit der Hausbesitzer am Osterfeld in Uesen nutzten unbekannte Täter am Wochenende zu einem Einbruch aus. Sie schlugen nach Polizeiangaben die Scheibe eines Kellerfensters ein, gelangten ins Innere des menschenleeren Hauses und durchsuchten die Räume. Mit Schmuck und Geld in ausländischer Währung entkamen sich unerkannt.

LESERBRIEF

Beleidigung erfüllt

AfD-Direktkandidat Sebastian Dahlgew schreibt zu „AfD-Abgabe: Wenn es einem zu bunt wird“ vom 9. Oktober:

Herr Brodt hat in seinem Kommentar richtig berichtet, dass ich nicht bereit gewesen bin, an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen, wenn in der Räumlichkeit ein Transparent hängt, das die AfD pauschal auf eine Stufe mit Nazis stellt, denn auf dem Transparent stand nicht nur, wie Herr Brodt aufführt, der Text „Gegen Nazis, Gegen die AfD“, sondern auch das Kürzel „FCK NZS AfD“, was „Fuck Nazis AfD“ bedeutet und den Tatbestand der Beleidigung erfüllt. Als Mitglied der AfD und auch als Beamter des Landes Niedersachsen verwehre ich mich auf das Schärfste dagegen, mit Mördern und Verbrechern, was die Nazis gewesen sind, gleichgestellt zu werden. Ich trete jeden Tag für Recht und Gesetz und die freiheitlich demokratische Grundordnung ein und lasse mich von niemandem in eine Ecke stellen, wo ich mich nicht befinde. Die von Herrn Brodt aufgeführte Meinungsfreiheit hat dort ihre Grenzen, wo Menschen sich beleidigt fühlen, denn dann kollidiert das Grundgesetz mit dem Strafgesetzbuch, und dass muss auch ein Herr Brodt akzeptieren.

Leserbriefe geben die Meinung ihrer Verfasser wieder. Kürzungen vorbehalten.

KONTAKT

Redaktion Achim (0 42 02)
 Manfred Brodt (mb) 51 51 42
 Heinrich Laue (la) 51 51 40
 Michael Mix (mm) 51 51 41
 Lisa Duncan (ldu) 51 51 45
 Telefax 51 51 29
 redaktion.achim@kreiszeitung.de

Obernstraße 54, 28832 Achim

ACHIM • Niemand trauert offenbar dem langsamen Verschwinden der Hauptschulen im Landkreis Verden nach. Sogar CDU-Landtagsabgeordneter Adrian Mohr zeigte sich „ganz froh darüber“. Jetzt gelte es, erstmal mit den neuen Oberschulen – kombinierten Haupt- und Realschulen – und auch mit neuen integrierten Gesamtschulen (IGS) zu arbeiten und Erfahrungen zu sammeln, meinte der Christdemokrat.

Dazu gab es keinen Widerspruch bei der „Achimer Argumente“-Podiumsdiskussion vor der Landtagswahl im Kasch.

Die rotgrüne Landesregierung in Niedersachsen habe durch verstärkte Einstellung von Schulsozialarbeitern auch einen wichtigen Beitrag geleistet, um das Lernklima zu verbessern, fügte SPD-Landtagskandidatin Dörte Liebethuth an. Corinna Rosander (FDP) mahnte, die weitere zur Schullandschaft gehörenden Gymnasien jetzt nicht zu benachteiligen.

Ein eindeutiges Ja zur Gesamtschule gab es auch von Doris Gerken (Grüne) und Rainer Andrzejewski (Linke).



Blick ins politisch sehr interessierte Publikum im großen Saal des Kasch.

Sie wisse aus eigenen Erfahrungen, wie schwer es für Kinder sei, sich schon nach vier Schuljahren für den weiteren Weg dort zu entscheiden, führte die Grüne an. Rainer Andrzejewski plädierte ebenfalls für möglichst viele Jahre im Klassenverband, in dem der Einzelne nachweislich auch besser lerne.

Einstimmig ertönte der Ruf nach Einstellung von mehr neuen, gut ausgebildeten Lehrern. Angesichts der derzeitigen Unterrichtsausfälle forderte Doris Gerken sogar, sich auch um Lehrkräfte aus anderen Bundesländern zu bemühen, Pensionäre stundenweise einzusetzen und „Quereinsteiger“ nachzuqualifizieren. Mohr wies kritisch

darauf hin, dass Rot-Grün in Niedersachsen in den vergangenen Jahren rund 2000 Bewerbungen ablehnend geantwortet habe.

Wie es eigentlich möglich sei, dass sich die zuständigen Ämter bei der Ermittlung des Lehrbedarfs so stark verreckten, fragte Moderator Manfred Brodt nach. Zuzug von Flüchtlingen, Ge-

richtsentscheidung gegen mehr Stunden für Gymnasiallehrer und beispielsweise in Achim steigende Einwohnerzahl wegen neuer Baugebiete wurden als Stichworte von Mohr und Liebethuth aufgezählt. Auch Erzieherinnen würden aus solchen Gründen knapp.

Zur Gestaltung des Nachmittags an Ganztagschulen

gab es klar unterschiedliche Standpunkte. Gerade wegen des Lehrermangels müssten diese zuallererst in ihrem Kernbereich eingesetzt werden, also im Vormittags-Fachunterricht, forderte die Liberale Corinna Rosander. Es sei auch ein Umding, hochqualifizierte Gymnasiallehrer zwangsweise an Grundschulen oder zur Nachmittagsaufsicht an Ganztagschulen abzuordnen.

Das Nachmittags-Schulangebot dürfe aber nicht zu einer „Mischung aus Bespaßung und Aufbewahrung“ verkommen, meinte Doris Gerken. Es solle sich an schulische Inhalte anschließen, und daneben Möglichkeiten zur Entspannung – etwa im sportlichen Bereich – bereithalten.

Auch ausgebildete Lehrer müssten in Nachmittags-AGS eingesetzt werden, betonte Adrian Mohr. Zusätzlich etwa Vereinsvertreter, Handwerker und Künstler bei der Gestaltung des Ganztagschul-Nachmittags einzubinden, wurde in der Podiumsrunde aber auch nicht völlig abgelehnt und teilweise sogar begrüßt. • la

„ACHIMER ARGUMENTE“: IM BLICKPUNKT

Wieviele Wölfe dürfen es sein?

Zwischen Freude, Furcht und Feuer frei

ACHIM • „Ein Gespenst geht um in Niedersachsen – der Wolf“, wandelte Moderator Brodt in der Podiumsrunde ein bekanntes Zitat von Karl Marx aus dem kommunistischen Manifest ab. Und obwohl sich direkt im Achimer Raum der Wolf bisher kaum blicken ließ, nahm die Diskussion schnell Fahrt auf.

Etwas 140 Tiere in neun Rudeln gebe es zur Zeit in Niedersachsen, wusste CDU-Landtagskandidat Adrian Mohr. Wenn nichts weiter geschehe, werde sich der Bestand bis zur nächsten Landtagswahl auf 350 Exemplare erhöhen. Deshalb müsse der Wolf jetzt ins Jagdrecht übernommen werden. Er könne nicht einfach seinen Wahlkreis begünstigen, wenn 30 Projekte im Lande viel dringlicher seien.

Dass sich überhaupt Wolfspopulationen in diesen Regionen entwickeln, deute zunächst mal auf ein intaktes Natursystem hin, und die ganze Art dürfe auch nicht dämonisiert werden. Zudem gebe es Ausgleichszahlungen für gerissene Tiere. Ziel müsse es sein, Schadensregulierung möglichst innerhalb einer Woche zu garantieren. Auf Ausgleichsleistungen wies auch Rainer Andrzejewski (Linke) besonders hin. Landwirte sollten sich darüber genauer informieren. Dörte Liebethuth (SPD) setzte sich für regional unterschiedlichem Umgang mit dem wilden Tier ein, weil manche Gegenden mehr und andere weniger von der Wolfsgefahr betroffen seien. Nicht-scheue Exemplare könnten zudem wieder ausgewildert werden. Ähnlich handeln wie bei Füchsen, die ja ab und zu Hühnerställe heimsuchen, empfahl Corinna Rosander (FDP). Auch sie ist also für kontrolliertes „Feuer frei“ auf den Wolf. • la

Krähen, Gulle und der Lupus

Zuhörer sprechen manche „Plage“ an / Mohr Landes- statt nur Lokalpolitiker

ACHIM • Nach der Podiumsrunde der „Achimer Argumente“ hatte das Publikum das Wort. Gehört der Wolf ins Jagdrecht? Darf man ihn abschließen? Darf man nicht, das verbiete das EU-Recht, meinten einige. Warum kann er dann in osteuropäischen EU-Staaten abgeschossen werden, fragte Adrian Mohr (CDU). Vieles werde unge-

rechtfertigt auf die EU geschoben, wusste Isabell Gottschewsky. So sei es auch eine Mär, dass EU-Recht rigoroses Vorgehen gegen Krähen verbiete. Ein älterer Achimer hatte insbesondere Doris Gerken (Grüne) und Dörte Liebethuth (SPD) gefragt, wenn sie sich schon bei besonders gefährlichen Lagen für den Abschuss eines Wolfes aussprächen, warum dann die Plagegeister Krähen nicht abgeschossen werden dürften. Liebethuth will über mehr Vergütung nachdenken.

Unter einer ganz anderen Plage leidet eine Achimerin aus der Vogelsiedlung, die meinte, der Gestank der ausgebrachten Gulle mache die Stadt fast unbewohnbar. Sie bekam Buhrufe.

Ilse Lange aus Felde sprach die Petition für bessere Queerungsmöglichkeiten und Radwege für Schüler in Felde an und warf Mohr vor, im Haushaltsausschuss des Landtags dagegen gestimmt zu haben. Der Abgeordnete entgegnete, er könne nicht einfach seinen Wahlkreis begünstigen, wenn 30 Projekte im Lande viel dringlicher seien.

Region“ und entsprechender Initiativen verbessern. Strittig war Dörte Liebethuths Position zur Inklusion. Auch aufgrund persönlicher Erfahrungen mit zwei behinderten Geschwistern wisse sie, dass Gemeinsamkeit mit anderen auch in der Schule beiden Seiten zugute komme und gerade soziale Fähigkeiten besonders stärke.

Ihrem Ja zum Schließen eigenständiger Förderschulen schlossen sich Mohr und FDP-Politikerin Rosander nicht an. Mohr sprach vom „beschützenden Raum kleiner Klassen in Förderschulen“, den viele dieser Kinder und ihre Eltern brauchten. Eine Mutter aus Verden habe wegen des Förderschule-Ausweins mit ihrem Kind bei ihm Rat gesucht.

Corinna Rosander monierte, dass ohne Förderschulen Eltern betreffender Kinder

jede Wahlfreiheit genommen werde. Rainer Andrzejewski wies aufgrund von Erfahrungen in der „Lebenhilfe“-Arbeit darauf hin, dass Inklusion sich dort auf Fachbereiche wie Musik, Kunst und Werken konzentriere.

Einig waren sich alle Landtagsbewerber wie schon kurz berichtet darin, eine Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland (AfD) abzulehnen. Adrian Mohr bezeugte allerdings deren Wahlergebnis von 12,6 Prozent bei der Bundestagswahl Respekt. Dieses Resultat zeige, dass auch viele vernünftige Menschen AfD gewählt haben müssten. Es bedeute aber nicht, dass die von der AfD vertretene Politik vernünftig sei, so Mohr. • la

Mohr: Respekt vor AfD-Wahlergebnis

Einig waren sich alle Landtagsbewerber wie schon kurz berichtet darin, eine Zusammenarbeit mit der Alternative für Deutschland (AfD) abzulehnen. Adrian Mohr bezeugte allerdings deren Wahlergebnis von 12,6 Prozent bei der Bundestagswahl Respekt. Dieses Resultat zeige, dass auch viele vernünftige Menschen AfD gewählt haben müssten. Es bedeute aber nicht, dass die von der AfD vertretene Politik vernünftig sei, so Mohr. • la

Von mehr Polizei bis zum Ueser Kreuzungsausbau

Landtagskandidaten nennen Ziele für den Wahlkreis / Inklusion ohne Förderschulen strittig

ACHIM • „Massiv was tun für die Ueser Kreuzung“, für mehr Schulwegsicherheit in Felde sowie Radwegesanierung in der Samtgemeinde Thedinghausen und in Kirchlinteln – so lauten Ziele der SPD-Landtagskandidatin Dr. Liebethuth. Darüber hinaus befürwortet sie zusätzliche Bahnhaltdepotpunkte – etwa in Dauesen.

Christdemokrat Adrian Mohr liegt die Ärzteversorgung im ländlichen Raum besonders am Herzen, zumal in seiner Heimat Dörverden gerade viele Patienten eine große Praxis im Ort verlieren. Außerdem möchte er auch im Landkreis Verden die Anzahl der Polizisten erhöhen. Das waren Antworten von Landtagskandidaten auf die Frage des Moderators, wofür sie sich speziell in diesem Wahlkreis starkmachen. FDP-Politikerin Corinna Ro-

sander stellte nicht unerwartet die Digitalisierung in den Mittelpunkt. „Bis zum letzten Gehört“ müsse schnelles Internet gesichert sein. Das sei heutzutage auch Kernaufgabe des Staates und schaffe zudem neue Arbeitsplätze etwa im Handwerk. Andere Länder seien mit der Digitalisierung leider schon ein Stück weiter. Die Bundesrepublik dürfe sich hier nicht auf ihrer starken Wirtschaft ausruhen. Landesgelder zur Digitalisierung seien bisher jedoch kaum bereitgestellt worden, beklagte Mohr.

Die Kommunikation zwischen Landtags- und örtlichen Politikern lasse zu wünschen übrig, bemängelte Doris Gerken von den Grünen. Sie sprach auch Sorgen wegen belastetem Trinkwasser durch Gasförderarbeiten an. Außerdem möchte sie die Förderung von „Kultur in der